

Stolper Post

**Tageszeitung
für Stadt und Land**



**Amtliches
Publikations-Organ**

Er erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachsatz; die gespaltene Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 133

Stolp, Freitag, den 10. Juni 1927

51. Jahrgang

Auf des Messers Schneide.

Beschärfung der Krise zwischen Polen und Rußland.

Blättermeldungen zufolge hat die Krise in den polnisch-russischen Beziehungen insofern eine Verschärfung erfahren, als die polnische Regierung die Forderung des russischen Geschäftsträgers, daß ein Vertreter der Sowjetregierung an der Untersuchung der Mordaffäre und bei der Aburteilung des Mörders teilnehmen solle, kategorisch abgelehnt habe. Die Verschärfung ist angeblich dadurch nicht gemildert worden, daß die polnischen Sicherheitsbehörden in den russischen Emigrantenkolonien bisher 35 Russen verhaftet haben.

Die Ereignisse folgen Schlag auf Schlag. Dem Bombenattentat in Leningrad, bei dem 26 Teilnehmer einer kommunistischen Versammlung schwer verletzt worden sind, folgte ein Unglücksfall, der als ein

Anschlag auf einen Beauftragten der politischen Polizei ausgelegt zu werden scheint. Aus Warschau wurde nämlich der Telegraphenagentur der Sowjetunion gemeldet, daß am Dienstagabend zwischen den Stationen Schdanowitsch und Wliff eine Drahtlinie verunglückte, auf welcher der stellvertretende Beauftragte der S. P. U. des weißrussischen Militärbezirks Spanfi einen der Spionageverdächtigen Offiziere des polnischen Geheimdienstes namens Jani abtransportierte. Spanfi und der Führer der Drahtlinie wurden getötet, zwei Begleiter Spanfis schwer verwundet. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden, ob es sich um einen konterrevolutionären Anschlag handelt.

Moskau „enthüllt“.

Schwere Beschuldigungen gegen England.

Im Anschluß an die Ermordung Wostkows hat die Sowjetregierung eine öffentliche Erklärung erlassen, in der sie auf die angebliche „Arbeit der englischen Regierung und ihrer untergeordneten Organe auf dem Territorium der Sowjetregierung“ hinweist. Die Veröffentlichung behauptet folgende „Tatsache“:

Im Sommer 1925 wurde ein gewisser, im Besitz eines Sowjetpässes auf den Namen Steinberg befindlicher Kaufmann beim illegalen Ueberschreiten der finnischen Grenze nach der Sowjetunion von der Grenztruppe verhaftet und verhaftet. Er sagte bei der Vernehmung aus, daß er Sidney George Riley heiße und daß er in Wirklichkeit ein Angehöriger des englischen Geheimdienstes und Hauptmann in der englischen Luftflotte sei. Riley behauptete, daß er in der Sowjetunion eigens zum Zweck der Organisation terroristischer Anschläge, sowie von Brandstiftungen und Aufständen eingetroffen sei, und daß er auf der Durchreise aus Amerika den englischen Schatzkanzler Churchill aufgesucht habe, der ihm persönlich Instruktionen zur Organisation terroristischer Attentate und anderer Diversionsakte erteilt habe. Seine schriftlichen Aussagen sind im Besitz der Regierung. Das bei weiteren Verhaftungen beschlagnahmte Material bestätigt vollauf die Aussagen Rileys.

Es folgt dann eine Aufzählung von weiteren Attentaten und Attentatsversuchen, bei denen die Sowjetregierung aus gewissen Anzeichen auf eine Verbindung der Attentäter mit der Moskauer englischen Mission schließen zu können glaubt und annimmt, daß das Bombenmaterial usw. ausländischen Ursprungs sein soll. Das sei namentlich bei einer Bombe der Fall gewesen, die am dritten Juni gegen die S. P. U. bestimmt gewesen sei. Die Veröffentlichung stellt den Mord an Wostkow als englisches Werk dar und fordert die „Strafe der Arbeiterklasse zum Schutze der Fabriken, Betriebe, Lager und Eisenbahnstationen auf“. Gleichzeitig treffen Nachrichten von einer

Verstärkung der Roten Armee

ein. Der Kriegsminister soll danach Tagesbefehle erlassen haben, in denen es u. a. heißt, die Rote Armee sei zum Kampfe bereit. Die Sowjetregierung beabsichtige, die Rote Armee auf 800 000 Mann zu verstärken. Die Gesellschaft Wia-sim richtete einen Aufruf an alle Mitglieder, in dem sie zu freiwilligen Sammlungen auffordert, um einen Fonds für den Bau neuer Flugzeuge zu schaffen, und zwar unter der Devise: „Unsere Antwort an Chamberlain“.

Polen antwortet.

In einer Antwortnote Polens, die nach Moskau unterbreitet ist, werden die Vorwürfe zurückgewiesen, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, wo die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den an Wostkow verübten Anschlag spricht.

Die polnische Presse weist ebenfalls die in der russischen Note vorgebrachten Anschuldigungen zurück. So wird der Anschuldigung, daß die polnische Regierung die Tätigkeit der Generalkonsulate der russischen Terroristen nicht genügend unterbunden habe, mit der Bemerkung abgetan, daß die in ganz Europa und auch in Polen lebenden Emigranten ein Ergebnis der Sowjetpolitik darstellen. Eine zivilisierte Regierung könne aber die in Sowjetrußland üblichen Methoden des Generalterrors nicht anwenden. Immerhin habe aber gerade Po-

len seinerzeit auf russischen Wunsch Massenansammlungen russischer Emigrantenführer vorgenommen. Uebrigens sei der gute Wille Polens schon aus den Verhaftungen russischer Emigranten ersichtlich.

Bisherige Ergebnisse der Untersuchung.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die dortige Polizei angeblich eine fest gefügte terroristische monarchistische Organisation aufgedeckt habe, an deren Spitze ein gewisser Jafowlow stehe, der auch jetzt verhaftet worden ist. Angeblich hat auch Krowberda dieser terroristischen Organisation angehört.

Unruhen in Odessa.

Rotterdam, 9. Juni. Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die „Times“ heute Abend Nachrichten aus Odessa verbreiten von Ausschreitungen durch die Sowjets. „Daily Mail“ berichtet von Straßenkämpfen in Odessa, wobei es Tote und Verletzte gegeben habe. Die Unruhen in Odessa richteten sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit um eineinhalb Stunden pro Tag für die Munitionsindustrie. Die „Morningpost“ schreibt, der ermordete russische Gesandte in Warschau sei einer der Mitrheber des Jarenmordes gewesen. Er habe im Juli 1918 mit Swerdlow im Großen Sowjet den Mordbefehl durchgesetzt.

Keine Aussicht auf Rheinlandräumung!

Senator Lemery zur Frage der Rheinlandräumung.

Dresden, 9. Juni. Senator Lemery, der seine von Briand abgelehnte Interpellation zur Frage der Rheinlandräumung nach der Rückkehr des französischen Außenministers aus Genf im Senat vorbringen wird, gab dem Pariser Vertreter der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung ab über den Standpunkt Frankreichs in der Räumungsfrage.

Meiner Ueberzeugung nach, sagte Lemery, wäre es nicht möglich, das französische Volk für die vorzeitige Zurückziehung unserer Besatzungsarmee empfänglich zu machen, wenn nicht vorher im Osten die gleiche Stabilität der Verhältnisse erreicht wird, wie sie der Locarnovertrag im Westen geschaffen hat. Als Fremden Polens ist es uns nicht möglich, den Räumungsakt ohne vorheriges Einverständnis mit Warschau zu vollziehen. Die polnischen Parlamentarier einschließlich der Sozialisten, eruchten uns dringend, die Räumung nicht früher durchzuführen, als bis im Osten eine wechselseitige Garantie des Bestandes hergestellt ist. Wir können die Bereitwilligkeit des französischen Volkes zu vorzeitiger Räumung gewinnen, wenn ein für Deutschland und Polen tragbarer Modus geschaffen wird, um die unhaltbaren und Deutschlands Souveränität in der Ostgrenze schwer beeinträchtigenden Verhältnisse zu beseitigen. Der Korridor in seiner heutigen Gestalt ist ein Friedenshindernis. Die oberschlesische Frage müßte gelöst werden, und die Pfänktelen wegen Danzig müßten ein Ende finden. Die Lösung der Korridorfrage erscheint mir am schwierigsten; in Oberschlesien wäre vielleicht ein Zonenstern zu schaffen. Ueber Danzigs Zukunft ließe sich später einmal reden. Wenn überhaupt die Verständigung zwischen Deutschland und Polen möglich ist, so gilt als Voraussetzung, daß der Versailler Vertrag hinsichtlich seiner ostenbäufigen Bestimmungen revidiert wird. Es ist Aufgabe der französischen Diplomatie, die Initiative zur Sicherung des Friedens durch einen deutsch-polnischen Garantiepakt zu ergreifen. Das ist die Forderung der öffentlichen Meinung Frankreichs. Ich hoffe, sagte Lemery, daß Briand an diese Aufgabe herantreten wird, denn er erstrebt die vollkommene Versöhnung zwischen unseren beiden Ländern.

Es wird schon vorgebaut.

Pertinax erklärt, daß den Unterhaltungen, die Briand, Chamberlain und Stresemann in ihren Hotelzimmern haben werden, das größte Interesse zukommen werde. Alles spreche dafür, daß Stresemann in der nächsten Woche nicht die Räumung des Rheinlandes verlangen werde. Dagegen sei zu erwarten, daß der deutsche Außenminister seine Verhandlungspartner bitten werde, ihre Absichten für die Zukunft darzulegen. Er werde sich mit einer Abschlagszahlung in Gestalt einer „bedeutenden“ Verringerung der Besatzungstruppen begnügen und gegebenenfalls ein kleines Zugeständnis (!) in der Frage der Kontrolle der zerstörten Ostbeseitigungen machen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Stresemann auch Rußland in die Wagchale werfen werde. Die Drohung einer deutsch-russischen Annäherung könnte einen Mann wie Austen Chamberlain wohl beeinflussen. Das sei für Frankreich der heikelste Punkt.

Im Zeichen der „Abrüstung“.

Paris, 9. Juni. Bei der Fortsetzung der Kommerdebote über den Geschenkentwurf betreffend die allgemeine Organisation des Heeres wies Kriegsminister Painlebe darauf hin, daß Frankreich nicht nur sein Heimatgebiet, sondern auch seine Kolonien schützen müsse. Die militärischen Autoritäten seien zur Schlussfolgerung gelangt, daß man 40 Divisionen haben müsse, die in den Kampf eingreifen könnten, um den ersten Stoß aufzuhalten. Außerdem aber müßten 20 Divisionen bereitstehen, die bereits in Aktion treten, bevor die 40 Divisionen kampfbereit sind.

Der unsinnige Korridor.

Minister Grzesinski in Ostpreußen.

Der preussische Minister des Innern, der sich auf eine Informationsreise durch Ostpreußen befindet, hielt in Königsberg bei einem Empfang der Vertreter sämtlicher Behörden, Verbände und Berufsorganisationen eine Ansprache, in der er über den Korridor sich etwa folgendermaßen äußerte:

Die Provinz Ostpreußen hat die durch die Russeneinfälle im Jahre 1914-15 verursachten Schädigungen und Zerstörungen mit zäher Lebenskraft und mit Hilfe von Reich und Staat bald zu beseitigen gesucht. Weit eingreifender aber ist die Lage der Provinz geändert worden durch den Versailler Vertrag. Dieser hat Ostpreußen von seinem einstigen russischen Unterlande abgeschnürt, hat die Störung der Wirtschaftsverbindungen mit den Oststaaten verursacht und hat vor allem den unsinnigen Korridor geschaffen, der sich in einer Breite von 90 bis 225 Kilometern zwischen Ostpreußen und das übrige Reich schiebt.

Um das Washingtoner Abkommen.

Noch keine Ratifizierung möglich.

Genf, 9. Juni. Auf der Arbeitskonferenz gaben heute der englische Regierungsvertreter Woffie und der deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Feig Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Regierungen zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtfundentag ab. Der englische Regierungsvertreter unterstrich insbesondere den englischen Wunsch, daß die Ratifizierung dieses Abkommens durch die hauptsächlichsten Industriestaaten gleichzeitig vorgenommen werde und daß zur Vermeidung von späteren Meinungsverschiedenheiten vor Inkrafttreten der Konvention die Sicherheit geschaffen werde, daß jeder einzelne Teil dieser Konvention in allen Ländern in gleicher Art ausgelegt wird.

Ministerialrat Feig betonte gegenüber den von einigen Arbeitervertretern erhobenen Vorwürfen, daß der Reichsarbeitsminister die Ratifizierung zu einem bestimmten Zeitpunkt niemals versprochen habe und daß andererseits der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes bereits dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugegangen sei. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, nicht früher ratifizieren zu können, ehe nicht das inländische Recht mit dem zu ratifizierenden Ueber-einkommen in Einklang gebracht sei. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes gehe in verschiedenen Punkten über das Washingtoner Abkommen hinaus, indem er z. B. den Handel in seinen Geltungsbereich einbeziehe. Weiter wies Ministerialrat Feig nach, daß in Deutschland schon jetzt eine immer strengere Anwendung des Achtfundentages auf dem Wege der Gesetzgebung, der Verordnungen und der Kollektivarbeitsverträge herbeigeführt wird.

Die deutsche Flotte im Ausland.

Lissabon, 8. Juni. „Diario de Noticias“ beschäftigt sich in einem Leitartikel eingehend mit dem Besuch des deutschen Geschwaders. Deutschland, so heißt es in den Ausführungen, ist infolge der Qualitäten seiner Führer wieder aufzusteigen. Es verfolgt eine stetige Politik der Toleranz und Zusammenarbeit. Der Besuch des deutschen Geschwaders ist eine erneute Kundgebung für internationales herzliches Einvernehmen, das die Leiter der Geschicke Deutschlands mit ihrem früheren Feinde zu begründen wünschen. Portugal nimmt, ohne jedoch aufzuhören, der treue Alliierte Englands zu sein, diese Kundgebung mit größter Sympathie auf. Die ausgebreiteten wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland verlangen, daß auch die freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich sich enger gestalten.

Der Artikel unterstreicht die Wichtigkeit der ausgetauschten Vorkchaften und Trinksprüche. Die Ehrungen, die die portugiesische Regierung veranstaltet habe, hätten lauten Widerspruch in der öffentlichen Meinung Portugals gefunden. Der Artikel hebt das musterergültige Verhalten der Mannschaft der deutschen Schiffe an Land lobend hervor. Im Gegensatz zu anderen Marinebesuchen sei während des bereits vierstägigen Aufenthaltes von 3000 Mann kein einziger Fall von Betrunkenheit oder Festlichkeiten des Geschwaders und ein von Tausenden aller Stände besuchtes Konzert im Zoologischen Garten trugen dazu bei, die gegenseitige Sympathie zu steigern.

Während eines Tees, den Admiral Nommens anläßlich der Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren des deutschen Geschwaders in Lissabon am Bord der „Elsah“ gab, stürzte einer der über dem Geschwader kreuzenden portugiesischen Flieger in den Lajo ab und fand den Tod. Das Fest wurde sofort abgebrochen und das deutsche Geschwader setzte seine Flaggen auf Halb-mast.

Der Kreuzer „Emden“ ist fahrplanmäßig am 7. Juni von Sakodate nach Dutch Harbour auf den Neuten in See gegangen.

